



Haushaltsrede 2016

Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

Bei dem Haushaltsentwurf 2016 und dem dazugehörigen HSK 2016 fehlt ein wesentlicher Hinweis:

**zu Risiken und Nebenwirkungen fragen sie ihren Arzt oder Apotheker
oder aber die Bürger für Wilnsdorf und FDP**

Nachfolgend will ich diesen Hinweis auch begründen:

Trotz der nach wie vor guten Konjunktur liegt das für 2016 geplante Defizit mit fast 500.000 € höher als in den Planansätzen des HSK 2015 vorgesehen.

Die von Ihnen selbst aufgezeigten Risiken des Haushaltes 2016 und des HSK halten wir für gravierend.

Im Einzelnen wären da zu nennen die:

Risiko Konjunkturrückgänge und damit die Gefahr, dass die Steuereinnahmen, mit denen die Gemeinde plant, plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

Sie aber rechnen mit weiter kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen und gehen deshalb ein hohes Risiko ein.

Das haben sie auch in der Vergangenheit bei den Haushaltsplanungen schon so getan mit dem Ergebnis, dass die Gewerbesteuer zum Beispiel 2014 und 2015 insgesamt um 2 Mio € unter ihren Planansätzen liegt.

Zwar haben sie daraufhin für den Rest des HSK Zeitraumes bis 2022 die Planungsansätze für die Gewerbesteuern um 7,5 Mio € zurück genommen, doch trotzdem rechnen sie für die kommenden Jahre mit kontinuierlich weiter steigenden Beträgen.

Wir halten das für gefährlich und vermissen eine dringend benötigte Nachhaltigkeit.

Es wird bereits im Rahmen einer nächsten Wirtschaftskrise erneut zu Schwierigkeiten bei der Erreichung der Ziele des HSKs kommen.

Eine Lösung, mit denen sie diesem Problem begegnen wollen, ist auch in diesem HSK nicht zu finden.

Zu sehr setzen sie auf steigende Steuereinnahmen anstelle den Haushalt auf der Ausgabenseite zu konsolidieren.

**Bürger für Wilnsdorf
und FDP e.V.**

Seite 1 von 2
2. Dezember 2015

Andreas Klein
Fraktionsvorsitzender
Am Obstgarten 16
57234 Wilnsdorf
ak1961@t-online.de
fon 02737 592088
mobil 0170 9007373

Bankverbindung:
Volksbank Siegerland eG IBAN:
DE15 46060040 0662904500
BIC: GENODEM1SNS

**buerger-fuer-
wilnsdorf.de**

Bürger für Wilnsdorf und FDP e.V.

Vorsitzender: Matthias Giffhorn, Deuser Str. 1, 57234 Wilnsdorf, Telefon +49 2737 226295, Email: doerr.giffhorn@t-online.de
Stellvertretender Vorsitzender: Andreas Klein, Am Obstgarten 16, 57234 Wilnsdorf, Telefon +49 2737 592088, Email: ak1961@t-online.de
Schatzmeister: Horst Dieter Schmidt, Bergstr. 37, 57234 Wilnsdorf, Telefon +49 2739 2164, Email: horstdieterschmidt@web.de
Schriftführer: Andreas Weigel, Unterm Rotscheid 8, 57234 Wilnsdorf, Telefon +49 2739 477505, Email weigel.andreas@gmx.net

Von den ursprünglichen Ansätzen, dieses jeweils zur Hälfte aus Steuererhöhungen und zur anderen Hälfte aus Haushaltskonsolidierung zu tun, haben sie augenscheinlich mittlerweile verabschiedet...

Risiko steigende Kreisumlage

Auch diesen Betrag können sie nicht wirklich beeinflussen. Die Tendenz zeigt nach oben zumal auch der Kreis seine Ausgleichsrücklage bald aufgebraucht haben wird und dann seine Defizite auf die Kreisumlage abwälzen wird. Zur Kreisumlage an späterer Stelle noch gesonderte Ausführungen

Risiko steigende Zinsen

Natürlich dürfen wir auch die weiter latente Gefahr von steigenden Zinsen nicht vergessen. Bei ca. 20 Mio € Kassenkredite der Gemeinde eine nicht zu verachtendes Problem für den Haushalt.

Nun zu den Nebenwirkungen

Die Investitionen der Gemeinde betragen seit Jahren deutlich weniger als 50% der Abschreibungen.

Das bedeutet jedes Jahr weiteren Substanzverlust bei der vorhandenen Infrastruktur.

Und die Summen, die sie investieren, fließen zum Teil in Projekte, die ob ihrer Notwendigkeit zumindest hinterfragt werden müssen.

Hier zum Beispiel die für 2016 geplante größte Einzelinvestitionsmaßnahme von fast 900.000 € in ein Übergangwohnheim zu nennen.

Die Gemeinde betreibt insgesamt 3 dieser Einrichtungen und auf Nachfrage in der interfraktionellen Besprechen kam von ihnen Frau BM die Aussage, dass es keine Vorschriften für minimale oder maximal vorzuhaltenden Unterkünften für Obdachlose geben würden.

Alternative Lösungen, adäquaten Wohnraum für die Unterbringung von Obdachlosen vorzuhalten, wurden nicht vorgelegt.

Das Projekt wird, und das insbesondere auch bei den Ratskollegen von CDU, SPD und Grünen als alternativlos dargestellt

- und das bei einem Bauprojekt welches finanziell sehr dicht an der umstrittenen Brücke Gartenstraße liegt...

Die Begründungen für die Entscheidung der Verwaltung können wir nicht nachvollziehen.

Im Vergleich dazu nehmen die Investitionen der Gemeinde in den Bau von Gemeindestrassen mit 150.000 € im nächsten Jahr eine verschwindend kleine Größe ein.

Gemäß HSK 2015 war und ist Beschlusslage, gemeindliche Immobilien zu veräußern. Hier schafft man sich wieder einen Klotz ans Bein der für die nächsten 60 Jahre Unterhaltungs- und Betriebskosten verursachen wird

Nebenwirkungen im Personalbereich

Wir haben in den vergangenen Jahren die Personalpolitik einer schlanken und schlagkräftigen Verwaltung immer unterstützt und mitgetragen.

Jetzt aber sind wir an einen Punkt gelangt, der so scheint es uns, an die Qualität von Verwaltungshandeln geht.

Als ein erstes Zeichen sind hier z.B. die Rückstellungen die im Haushalt für Urlaub und Überstunden eingestellt genannt.

Sie betragen bis 2013 rund 187.000 € und liegen in 2014 bei 270.000 € und damit bereits über 83.000 € höher als 2013.

Aktuelle Werte für 2015 gibt es leider noch nicht.

Was wir aber erkennen können ist, dass in 2014 massiv Urlaubsrückstände und Überstunden aufgebaut wurden.

Wir vermuten, dass im Jahr 2015 weitere Erhöhungen zu verzeichnen sind. Diese belasten den Haushalt und zeigen ein Ansteigen der Arbeitsbelastung.

Nebenwirkungen im Sozialbereich

Bürger und Politik mussten aus der Presse erfahren, dass die Gemeinde Wilnsdorf das Sozialamt schließt. Grund: es stünden momentan keine Mitarbeiter zur Verfügung, die den enormen Arbeitsanfall im Sozialamt bewältigen könnten.

Ein einmaliger Vorgang im Kreis Siegen Wittgenstein und ich denke auch darüber hinaus.

Das ganze ausgelöst durch die Flüchtlingswelle die mittlerweile auch die Gemeinde Wilnsdorf, anscheinend völlig überraschend, mit voller Wucht getroffen hatte.

Bereits im März dieses Jahres hatte uns die Verwaltung auf eine Anfrage unserer Fraktion hin mitgeteilt, dass in diesem Jahr mit über 200 Flüchtlingen zu rechnen sei. Jetzt sind es bereits über 300.

Lieber Herr Eich, der personelle Engpass war absehbar und hätte bei veranschaulichendem Handeln vermieden werden können.

Die Gemeinde verfügt über drei größere Sammelunterkünfte (wir erinnern uns, die ehemaligen Grundschulen in Anzhausen, Obersdorf und Wilden) mit jeweils bis zu 50 Flüchtlingen.

Die Betreuung der Flüchtlinge vor Ort erfolgt zurzeit von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern.

Diese brauchen nur jede erdenkliche Unterstützung der Verwaltung meine Damen und Herren.

Aber auch diese Personen haben irgendwann Urlaub oder fallen vielleicht aus persönlichen Gründen auch mal aus.

Was dann Frau Bürgermeisterin?

Ich kann ihnen das beantworten: Dann nämlich hätte die Verwaltung die jetzt laufenden Arbeiten alleinverantwortlich zu regeln, personell wie finanziell.

Wir begrüßen die jetzt von ihnen getroffenen personellen Maßnahmen im Sozialbereich, halten sie aber im Hinblick auf weiter steigende Flüchtlingszahlen und die Besonderheiten der großen Sammelunterkünfte für nicht ausreichend.

Zurzeit sind im Angestellten-Bereich 73,5 Stellen besetzt.

Der Stellenplan 2016 weist dort aber 86 Stellen aus.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung im Asylbereich ist es unsere Auffassung nach gerechtfertigt, vorübergehend zusätzlich zu den von ihnen bereits vorgenommenen Einstellungen zwei weitere Stellen im Sozialbereich, vorerst zeitlich befristet, zu besetzen.

Da die Gemeinde pro Flüchtling 2016

833 € pro Monat für Unterbringung und Betreuung vom Land NRW bekommen soll, halten wir diese Aufstockung des Personal kostendeckend für möglich.

Wir verweisen daher auf unseren vorliegenden Antrag und beantragen für 2016 zwei zusätzliche, zeitlich befristete Stellen im Stellenplan für den Bereich Soziales vorzusehen.

Verwundert hat uns in diesem Zusammenhang auch, Frau BM, dass sie nicht zu den Unterzeichnern des Briefes von 215 BM an Frau Merkel und Frau Kraft gehört haben.

Dort wurde u.a. ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Betrieb der kommunalen Flüchtlingsunterkünfte schon jetzt so viel Personal binden würde, dass "viele andere Pflichtaufgaben der Verwaltung nicht oder nur noch sehr eingeschränkt" erfüllt werden könnten.

Wir können daher nur vermuten, dass dies Probleme in Wilnsdorf offensichtlich noch kein Thema sind und das wir das hier schon irgendwie schaffen werden..

Nebenwirkungen des Weggangs von Ulrich Berghoff

Wir halten es für Hinterfragens wert, wie das Problem des Weggangs von Herrn Berghoff gelöst wurde.

Sehr geehrte Frau Schuppler, es waren Entscheidungen die sie im Rahmen ihrer Organisationshoheit getroffen haben.

Wirklich nachvollziehen können wir diese aber nicht.

Die Aufgaben die Herr Berghoff in der Verwaltung innehatte, waren keine alltäglichen Sachbearbeiter-Tätigkeiten.

Er war Leiter eines Fachbereiches und Stellvertreter des ersten Beigeordneten.

Sie haben entschieden, eine Leitungsstelle einzusparen, einen Fachbereich aufzulösen und die anfallenden Arbeiten auf Mitarbeiter zu verteilen die nach unserer Auffassung sowieso schon grenzwertig belastet sind.

Was passiert wenn es längere krankheitsbedingte Ausfälle innerhalb der Verwaltungsführung gibt?

Sie, Frau BM, aber auch die Politik haben trotz aller Sparmaßnahmen und Einsparungen eine Fürsorgepflicht gegenüber Mitarbeitern wahrzunehmen.

Wir halten es daher für dringend erforderlich, dass sich Politik darüber Gedanken machen sollte, ob die im Stellenplan vakante Stelle des 2. Beigeordneten wieder besetzt werden sollte.

Wir haben daher einen entsprechenden Antrag auf Erarbeitung eines Aufgabenprofils und Darstellung der finanziellen Auswirkungen gestellt.

Nebenwirkungen Kreishaushalt :

Allgemeine Umlage

Einen ganz anderen Weg mit seinem Personalkörper geht da unser neuer SPD Landrat Müller.

Seit seinem Amtsantritt hat er erst einmal die Führungsebene durcheinandergewürfelt.

Dann hat es den Gesamtpersonalbestand um aktuell schon 70 Mitarbeiter ausgeweitet, 14 weitere sollen im kommenden Jahr noch folgen.

Damit hat er bislang Mehraufwendungen für Personal und Versorgungsaufwand von über 3 Mio € produziert - pro Jahr wohlgermerkt. Auf die aktuelle Wahlperiode bis 2020 somit mehr als 18 Millionen Euro.

Die Kreisumlage wird es schon richten.

Wo waren denn da die kritischen Anmerkungen unsere hier im Rat anwesenden Kreistagsmitglieder?

Keine einzige kritische Nachfrage im Interesse unserer Gemeinde.

Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein.

Differenzierte Umlage:

Quasi durch Beschluss – auch mit den Stimmen unserer SPD Ratsmitglieder hat Landrat Müller im letzten Jahr die notwendige Erhöhung der differenzierten Jugendamtsumlage nicht vorgenommen.

Vermeintlich, um den Gemeinden einen Gefallen zu tun hat er diese Maßnahme als seinen großen Einsparverdient dargestellt.

Was hat er aber gemacht?

Er hat die Aufwendungen schön gerechnet. Bereits nach sechs Monaten ist ihm das schwer auf die Füße gefallen.

In Wahrheit hat er hier U3-Fördergelder verkonsumiert, die unseren Einrichtungen und unseren Familien nun fehlen.

Er hatte dabei ganz offensichtlich vergessen, dass am Ende dann doch spitz abgerechnet wird.

Das heißt, die jetzige Erhöhung der Umlage fällt 2016 nun doppelt so hoch aus, wie eigentlich tatsächlich erforderlich.

Genau so etwas macht kommunales Haushalten nicht wirklich kalkulierbar. Was notwendig im Bereich der Kosten des Jugendamtes ist, sind wirkliche Sparreformen, wie es bspw. der Märkische Kreis aktuell umgesetzt hat. Wussten Sie, dass wir in Südwestfalen die höchsten Kosten im Jugendamt haben?

Im landesweiten Vergleich sieht es noch düsterer aus.

Verbesserungen auf der Ausgabenseite

Da wo es nach unserer Auffassung keine gravierenden Risiken und Nebenwirkungen geben würde trauen sie sich nicht wirklich spürbar dran.

Das wären nämlich Haushaltsverbesserungen auf der Ausgabenseite zu erzielen.

Ich erinnere zum Beispiel, wie jedes Jahr im Übrigen, an den Bauhof, der durch eine Aufgabenoptimierung in Richtung eines interkommunal tätigen kommunalen Baubetriebes neu aufgestellt werden sollte.

Was zum Beispiel ist aus der im Februar 2015 gegründeten kommunalen Arbeitsgemeinschaft zwischen Wilnsdorf, Burbach und Neunkirchen geworden?

Gibt es da nach fast einem Jahr mittlerweile verwertbare Ergebnisse?

Warum ist die Politik in dieser Arbeitsgruppe nicht vertreten?

Hierzu bitten wir an dieser Stelle die Verwaltung mal um einen Sachstandsbericht im nächsten Jahr in den Gremien der Gemeinde.

Wir haben doch bereits durch die Interkommunale Zusammenarbeit mit Freudenberg gute Erfahrung sammeln können.

Warum wird bei diesem

Thema nicht intensiver weiter dran gearbeitet.

Letztlich wäre es im Interesse aller Kommunen und aller kommunalen Haushalte.

Zusammenfassung:

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder, ich würde mir wünschen, wenn es uns gelingen könnte in Zukunft inhaltlich kooperativer zusammen zu arbeiten.

Sie haben Ideen, wir haben Ideen, keiner hat die Weisheit für sich gepachtet.

Nur so werden wir die Gemeinde zum Wohle aller weiter entwickeln und dauerhaft tragfähige Lösungen erarbeiten können.

Nach unseren Feststellungen werden die HSK Planungen der Gemeinde nicht langfristig und nachhaltig und vor allem durchgängig aufgestellt.

Wo sind wir 2012 gestartet, was haben wir bisher erreicht und was gilt es noch bis 2022 umzusetzen.

Wir können das leider jetzt schon in dem HSK 2016 nicht mehr nachvollziehen.

Jährlich wird das HSK an gerade aktuelle Wünsche und Sichtweisen angepasst und geändert.

Einmal beschlossene Maßnahmen verschwinden, andere erscheinen.

Grundsätzlich kann das richtig sein, nur oft ist es eben nicht nachvollziehbar.

Wir haben den Eindruck, dass lediglich die im jeweiligen Haushaltsjahr anstehende Genehmigungsfähigkeit des HSK im Vordergrund steht.

Es fehlt uns der rote Faden, die ursprüngliche Konzeption den Haushaltsausgleich zu gleichen Teilen aus Konsolidierungsmaßnahmen und Verbesserungen der Einnahmeseite zu erzielen.

Unsere Zustimmung zu dem jetzt vorliegenden Haushalt mit seinem beigefügten HSK können wir aus diesem Grund in diesem Jahr nicht geben.